

## **W1NEU2 Zeitwende in der Finanzpolitik**

Antragsteller\*in: Landeskonferenz  
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

### **Antragstext**

1 Um den Herausforderungen der Zwanzigerjahre in Bezug auf Klimakrise,  
2 Sicherheitspolitik, Armut, Gender-Ungleichheit sowie Flucht und Migration  
3 kraftvoll zu begegnen, fordern wir eine Zeitenwende in der deutschen und  
4 europäischen Finanzpolitik. Mit der Modern Monetary Theory (MMT) soll sie auf  
5 ein zeitgemäßes wissenschaftliches Fundament gestellt werden (Begründung, Teil  
6 2). Unsere konkreten Forderungen, die sich aus dem Zusammentreffen der  
7 Erkenntnisse der MMT und unseren sozialdemokratischen Überzeugungen ergeben sind  
8 folgende:

- 9 • Wir fordern eine grundsätzliche Abschaffung der Schuldenbremse aus Art. 115  
10 Abs. 2 GG. Stattdessen soll Art. 115 Abs. 2 GG die deutsche Fiskalpolitik an  
11 einen Vierklang aus folgenden Zielen binden: Klimaschutz, Vollbeschäftigung,  
12 Armutsbekämpfung und Preisstabilität. (Begründung, Teil 3)
  - 13 • Wir fordern eine Abschaffung der Europäischen Schuldenregeln, der Nicht-  
14 Beistandsklausel und des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts.  
15 Stattdessen soll ein Europäisches Finanzministerium die Tätigkeit notwendiger  
16 Investitionen in  
17 Klimaschutz, Armutsbekämpfung, Sicherheit und humanitäre Hilfe sicherstellen.  
18 (Begründung, Teil 4)
  - 19 • Wir fordern eine weitere Anhebung des Mindestlohns und eine ordnungspolitische  
20 Stärkung der Gewerkschaften. (Begründung, Teil 5)
  - 21 • Wir fordern die Implementierung einer Job-Garantie (JG) zur Sicherstellung von  
22 Vollbeschäftigung, einem menschenwürdigen Existenzminimum und konjunktureller  
23 Stabilität. (Begründung, Teil 6)
  - 24 • Wir fordern die Implementierung eines Europäischen Green New Deals (GND) zur  
25 effektiven Bekämpfung der Klimakrise unter Berücksichtigung der sozialen Frage.  
26 (Begründung, Teil 7)
  - 27 • Wir fordern eine staatliche Vergütung von Care-Arbeit. (Begründung, Teil 8)
- 28 Wir betrachten die aufgeführten Maßnahmen als Meilensteine auf dem Weg die  
29 Unzulänglichkeiten des Kapitalismus zu überwinden, sind uns aber voll bewusst,  
30 dass dieser Weg durch die genannten Korrekturen in der Finanzpolitik noch lange  
31 nicht zu Ende ist.

32 1. Einleitendes

33 Die Zwanzigerjahre des 21. Jahrhundert sind ein Jahrzehnt, in dem schicksalhafte  
34 Entscheidungen über die Zukunft der Bürger:innen in Deutschland, aber darüber  
35 hinaus in  
36 ganz Europa und der ganzen Welt getroffen werden. Es hängt von den  
37 Weichenstellungen in  
38 diesem Jahrzehnt ab, ob die Klimakrise auf ein Ausmaß zu begrenzen ist, welches  
39 das Leben  
40 auf unserem Planeten in der Form wie wir es kennen weiterhin möglich macht. Es  
41 hängt  
42 ebenfalls von den Weichenstellungen in diesem Jahrzehnt ab, ob sich die  
43 Europäische  
44 Staatengemeinschaft effektiv gegen militärische und terroristische Bedrohungen  
45 schützen  
46 kann und ob sie weiterhin ein beachteter und einflussreicher Akteur ist.  
47 Angesichts dieser  
48 epochalen Weichenstellungen, die in den kommenden Jahren zu treffen sind, lastet  
49 die  
50 Verantwortung, die auf den politischen Entscheidungsträger:innen, aber auch auf  
51 jeder:m  
52 Bürger:in gewaltig. Als Jusos verstehen wir es als integralen Teil dieser  
53 Verantwortung, bei den  
54 genannten Weichenstellungen alle Angehörigen unserer Gesellschaft mitzudenken  
55 und Kosten  
56 und Nutzen sozial gerecht zu verteilen.

57 Wir sind uns einig – die ökologische Transformation unserer Zivilisation muss so  
58 schnell wie  
59 möglich erfolgen. Ebenso dürfen wir bei der Gewährleistung unserer Sicherheit  
60 keinen Tag  
61 nachlässig sein. Humanitäre Notlagen, wie die Lebensumstände von Menschen die  
62 bei uns  
63 Schutz vor Elend, Tod und Verfolgung suchen, dürfen wir keinen Augenblick  
64 hinnehmen. Dass  
65 die Klimakrise, die Sicherheitskrise und die vielen humanitären Krisen kausal  
66 miteinander  
67 zusammenhängen, zeigt zudem, dass auch eine sinnvolle Lösung dieser Krisen nur  
68 zusammenhängend gedacht werden kann. Es ist also deutlich: die Herausforderungen  
69 im  
70 Hinblick auf Klima, Sicherheit und die humanitäre Lage müssen gleichzeitig und  
71 so schnell wie  
72 möglich angepackt werden.

73 Aber was heißt eigentlich ‚so schnell wie möglich‘? Neben dem Vorhandensein von  
74 technischen Lösungen, guten politischen Ideen und weitsichtigen Strategien ist  
75 bei dieser  
76 Frage vor allem auch das Budget von entscheidender Bedeutung. Der Umfang und die

77 Zuteilung von Haushaltsmitteln haben erheblichen Einfluss darauf, wie schnell  
78 und wie effektiv  
79 Lösungsideen für die aufgeworfenen Probleme umgesetzt werden können. Es ist also  
80 bei den  
81 vor uns liegenden Weichenstellungen von entscheidender Bedeutung, die  
82 finanziellen  
83 Möglichkeiten unseres Staates richtig einzuschätzen und politische  
84 Entscheidungen auf der  
85 Grundlage einer fundierten Kenntnis fiskalischer Vorgänge aufzubauen. Dieser  
86 Antrag soll dazu  
87 dienen den Diskurs über die Finanzpolitik mit Hilfe der Modern Monetary Theory  
88 (MMT) auf  
89 eine fundierte theoretische Grundlage zu stellen und Perspektiven zu entwickeln,  
90 wie  
91 progressive Lösungen der gegenwärtigen Krisen auf dem Fundament einer  
92 vernünftigen  
93 Fiskalpolitik aussehen könnten. Die MMT ist eine im akademischen Diskurs breit  
94 diskutierte  
95 Geld- und Wirtschaftstheorie, die in Anlehnung an den Keynesianismus  
96 makroökonomische  
97 Zusammenhänge auf der Grundlage der Funktionsweise unseres modernen  
98 Finanzsystems  
99 erklärt. Im Folgenden wollen wir die zentralen deskriptiven Erkenntnisse der MMT  
100 skizzieren  
101 und anschließend auf dieser theoretischen Grundlage unsere  
102 wirtschaftspolitischen  
103 Forderungen darlegen.

## 104 2. Erkenntnisse der MMT

### 105 2.1 Was ist Geld

106 Modernes Geld ist ein Geschöpf der Rechtsordnung. Der Staat definiert die  
107 Währung, in der  
108 Zahlungen an ihn zu tätigen sind und in der er selbst Zahlungen tätigt. In den  
109 meisten Staaten  
110 der Europäischen Union heißt diese Währung Euro. Der Staat hat zudem ein Monopol  
111 auf die  
112 Schöpfung seiner Währung. In der Eurozone – einer Währungsunion – ist der  
113 Prozess der  
114 Währungsschöpfung institutionell etwas komplexer als in einem Staat mit eigener  
115 Landeswährung. Dennoch ändert auch die gemeinsame Währung der Eurozone nichts an  
116 der  
117 Tatsache, dass unser Geld ein Produkt der staatlichen (europäischen)  
118 Rechtsordnung ist.  
119 Während Bürger:innen und Unternehmen die staatliche Währung einfach nur für ihre

120 ökonomische Aktivität nutzen, ist der Staat selbst nicht einfacher Nutzer  
121 sondern Schöpfer  
122 dieser Währung. Gesetzt den Fall ein Staat bindet seine Währung nicht zu einem  
123 fixen Kurs an andere  
124 Vermögenswerte (z.B. Fremdwährungen oder Gold), ist er in seiner Geldpolitik  
125 vollkommen  
126 unabhängig. Er kann die Leitzinsen beliebig festsetzen und in beliebigem Umfang  
127 Währung in  
128 Umlauf bringen.

129 Der Staat kann sich in Währungsfragen aber auch Regeln und Einschränkungen  
130 auferlegen. Er  
131 kann zum Beispiel seine Währung zu einem festen Austauschverhältnis an andere  
132 Vermögenswerte binden. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren deutsche Währungen  
133 etwa  
134 zu einem festen Wechselkurs an Gold gebunden (Goldstandard). Nach dem Zweiten  
135 Weltkrieg  
136 war die Bundesrepublik Teil des Bretton-Woods-Systems, in dem die Deutsche Mark  
137 zu einem  
138 festen Wechselkurs an den US-Dollar gebunden war. Auch das Europäische  
139 Währungssystem  
140 (EWS) war ein solches Regime fixierter Wechselkurse. Derartige  
141 Währungsanbindungen  
142 schränken den Spielraum eines Staats, die eigene Währung in Umlauf zu bringen  
143 und Einfluss  
144 auf Kredit- und Anleihezinsen zu nehmen ein. Wenn bei fixierten Wechselkursen  
145 die im Umlauf  
146 befindliche Menge einer Währung ausgeweitet wird, sinkt deren Wert relativ zu  
147 der anderen  
148 Währung des Wechselkursregimes. Da aber das Austauschverhältnis fixiert ist, ist  
149 die Währung  
150 überbewertet. Das führt zu Kapitalflucht und Wettbewerbsnachteilen im Land mit  
151 der  
152 überbewerteten Währung.

153 Der Euro ist an keine andere bedeutende Währung gebunden. Sein Wechselkurs zu  
154 anderen  
155 Währungen ist frei. Deswegen sind die geldpolitischen Institutionen der Eurozone  
156 (das System  
157 nationaler Zentralbanken (ESZB) und anderen Spitze die Europäische Zentralbank  
158 (EZB)) in  
159 ihrer Geldpolitik unabhängig. Man spricht in diesem Fall von monetärer  
160 Souveränität.

161 2.2 Wie funktionieren Staatsausgaben

162 Wenn ein Staat mit souveräner Währung Ausgaben tätigt, schöpft er das benötigte  
163 Geld kraft  
164 seines Währungsmonopols über seine Zentralbank. Alle Staaten der Eurozone haben  
165 ein Konto  
166 bei ihrer nationalen Zentralbank und damit indirekt bei der EZB. In Deutschland  
167 ist dies das  
168 Zentralkonto des Bundes bei der Deutschen Bundesbank. Genauso haben  
169 Geschäftsbanken  
170 Konten bei ihrer nationalen Zentralbank.

171 Wenn der deutsche Staat Ausgaben tätigt, passiert Folgendes: Die Bundesbank  
172 bucht das  
173 Zentralbankkonto derjenigen Geschäftsbank hoch, bei der der/die  
174 Zahlungsempfänger:in der  
175 staatlichen Ausgabe sein/ihr Konto hat. Dafür schreibt die Geschäftsbank den von  
176 der  
177 Bundesbank erhaltenen Betrag auf dem Konto des/der Zahlungsempfänger:in gut. In  
178 dem  
179 Moment, in dem die Bundesbank das Zentralbankkonto der Geschäftsbank hochbucht,  
180 erzeugt  
181 sie Geld. Dieses Geld war zuvor nicht da und wird durch die Gutschrift bei der  
182 Geschäftsbank  
183 durch die Bundesbank geschöpft. In der Bilanz der Bundesbank ist dadurch eine  
184 zusätzliche  
185 Verbindlichkeit entstanden. Damit die Bilanz der Bundesbank ausgeglichen ist,  
186 wird das  
187 Zentralkonto des Bundes um den entsprechenden Betrag belastet. Der Bund hat also  
188 sozusagen jetzt ‚Schulden‘ bei der Bundesbank. Das ist so formal auch logisch,  
189 denn schließlich  
190 hat die Bundesbank durch ihre Gelderzeugung ja die Ausgabe des Bundes getätigt.  
191 Aber was  
192 ist die Bedeutung dieser ‚Schulden‘?

193 Der Bund und die Bundesbank sind beide Institutionen des Deutschen Staates. Zu  
194 behaupten,  
195 eine staatliche Institution habe Schulden bei der anderen staatlichen  
196 Institution ist nicht  
197 sinnvoll. An dem Verschuldungsgrad des Staats als Ganzem ändert das schließlich  
198 nichts. Wenn  
199 der Bund 100€ ‚Schulden‘ bei der Bundesbank hat, hat die Bundesbank 100€  
200 ‚Forderungen‘ beim Bund. Damit ist die Nettoverschuldung des Staats trotzdem  
201 Null. Natürlich hat die Bundesbank im Beispiel der Staatsausgaben Geld an eine  
202 Geschäftsbank bezahlt. Insofern hat der Staatssektor als Ganzes trotzdem eine  
203 Netto-Verbindlichkeit gegenüber dem Privatsektor.

204 Bei den beschriebenen Bilanzausgleichungen wird diese Verbindlichkeit als

205 negatives  
206 Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes abgebildet. Aber von Schulden zu  
207 sprechen  
208 wäre dennoch in der Sache falsch, denn das Geld ist ja durch das Hochbuchen des  
209 Zentralbankkontos der Geschäftsbank durch die Bundesbank entstanden. Die  
210 Bundesbank hat  
211 sich dieses Geld nirgends ausgeliehen. Sie hat es – kraft ihres Währungsmonopols  
212 – einfach  
213 geschaffen. Das negative Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes ist  
214 nichts weiter  
215 als der ‚Bilanzschatten‘ dieser Gelderzeugung durch die Zentralbank.

216 Steuereinnahmen haben hier zu keinem Zeitpunkt eine Rolle gespielt. Wie anhand  
217 der  
218 beschriebenen Prozesse deutlich wird, könnte der Bund theoretisch bis in alle  
219 Ewigkeit in  
220 seiner eigenen Währung Ausgaben tätigen, ohne irgendeiner Instanz oder einem  
221 Menschen  
222 dafür etwas schuldig zu sein. Das ist so aus dem einfachen Grund, weil der Staat  
223 Währungsschöpfer ist. Kein:e Bürger:in muss jemals irgendetwas bezahlen, was der  
224 Staat  
225 zuvor ausgegeben hat. Der/die Steuerzahler:in bezahlt keine Staatsausgaben und  
226 folglich  
227 werden mit Staatsausgaben auch unter keinen Umständen künftige Generationen  
228 belastet.  
229 Bei der Steuerzahlung fließt Geld von den Konten von Bürger:innen und  
230 Unternehmen über  
231 das Kontensystem der Zentralbank auf das Zentralkonto des Bundes. Hier  
232 verringern die  
233 Steuerzahlungen also das negative Nettovermögen des Bundes. Die finanzielle  
234 Situation des  
235 Staates ändert das allerdings in keiner Weise. Selbst wenn sich der Staat nach  
236 jahrelangen  
237 Haushaltsüberschüssen im herkömmlichen Sinne ‚entschulden‘ und ‚Rücklagen‘  
238 bilden würde,  
239 wäre das finanziell völlig bedeutungslos. Selbst ein positives Nettovermögen auf  
240 dem  
241 Zentralkonto des Bundes heißt im Endeffekt nur: Der Bund hat ein Guthaben bei  
242 der  
243 Bundesbank, bzw. die Bundesbank hat eine Verbindlichkeit gegenüber dem Bund. Das  
244 ist  
245 bedeutungslos, denn das Nettoguthaben oder die Nettoverschuldung des Staats als  
246 Ganzem  
247 ist immer noch Null. Das positive Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes  
248 verändert  
249 die Möglichkeit Ausgaben zu tätigen in keiner Weise. Steuern finanzieren keine  
250

Staatsausgaben.

251 Der Staat muss sich also die finanziellen Ressourcen für seine Ausgaben weder  
252 von  
253 Steuerzahler:innen beschaffen, noch mittels Krediten vom Privatsektor ausleihen,  
254 denn in der  
255 institutionellen Gestalt der Zentralbank ist der Staat selbst unerschöpfliche  
256 Quelle von Geld.  
257 Der Staat kann ganz ohne Steuereinnahmen und Kreditaufnahme in seiner eigenen  
258 Währung  
259 unbegrenzt Geld ausgeben und wird trotzdem niemals in dieser Währung ‚Pleite  
260 gehen‘. Denn  
261 in seiner Ausgabebetätigkeit ist es dem Staat unmöglich sich im herkömmlichen  
262 Sinne zu  
263 verschulden, da er die ausgegebenen Mittel stets selbst erzeugt. Steuern und  
264 staatliche Kredite  
265 (staatliche Kreditaufnahme funktioniert über die Emission von Staatsanleihen)  
266 sind für die  
267 Staatsfinanzierung nicht notwendig. Ebenso bedeuten Haushaltsüberschüsse auch  
268 keine  
269 erweiterten finanziellen Spielräume für den Staat, denn er kann für seine  
270 Ausgabewünsche  
271 unbegrenzt Geld schöpfen – ganz gleich ob er in einer bestimmten Zeitperiode  
272 (z.B. einem  
273 Jahr) dem Wirtschaftskreislauf über Steuern weniger, gleich viel, oder mehr Geld  
274 entzieht wie  
275 er in dieser Periode ausgegeben hat.  
276 Wir halten fest: Steuern (und Staatsanleihen) finanzieren keine Staatsausgaben  
277 und  
278 Haushaltsdefizite sind folglich auch keine Belastung für künftige Generationen.  
279 Wozu braucht  
280 es dann überhaupt Steuern und weshalb emittiert der Staat dann Staatsanleihen?

### 281 2.3. Wozu Steuern

282 Obwohl Steuern für die Staatsfinanzierung im monetären Sinne bedeutungslos sind,  
283 haben sie  
284 eine große Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft. Zunächst dienen sie dazu,  
285 dass die  
286 staatliche Währung in Wirtschaft und Bevölkerung akzeptiert wird. Indem der  
287 Staat  
288 Steuerforderungen in der von ihm definierten Währung erhebt, schafft er eine  
289 Nachfrage für  
290 diese Währung. Schließlich benötigen alle Bürger:innen und Unternehmen die  
291 Währung um  
292 ihre Steuerschuld zu tilgen. Darüber hinaus sind Steuern das zentrale Instrument

293 der  
294 Umverteilung von Vermögen und indem sie Bürger:innen und Unternehmen Kaufkraft  
295 entziehen, schaffen sie Platz für die staatliche Nachfrage nach Gütern und  
296 Dienstleistungen.  
297 Zuletzt können Konsumsteuern als Lenkungsinstrumente eingesetzt werden, wie das  
298 etwa von  
299 der Tabaksteuer bekannt ist. Steuern sind also unverzichtbar – allerdings dienen  
300 sie nicht dazu  
301 irgendetwas zu finanzieren. Insofern ist auch die Formel „Starke Schultern  
302 müssen mehr  
303 tragen“ in der Sache ökonomisch falsch. Wir brauchen das Geld der Reichen nicht  
304 um Armut  
305 zu bekämpfen, den Klimawandel aufzuhalten und humanitäre Katastrophen  
306 abzuwenden. Wir  
307 können es ihnen trotzdem wegzunehmen, damit sie mit ihrem Konsum nicht so viele  
308 Treibhausemissionen verursachen, gesellschaftliche Machtasymmetrien aufbauen und  
309 keine  
310 Ressourcen in Anspruch nehmen, die anderweitig sinnvoller eingesetzt werden  
311 könnten. Das  
312 ist aber eine politische Frage und keine ökonomische. Umverteilung ist  
313 selbstverständlich  
314 weiterhin notwendig. Die Sicherstellung formal gleicher Chancen reicht nicht  
315 aus, um  
316 gesellschaftliche Asymmetrien gerecht auszugleichen.  
317 Jedenfalls müssen wir unsere linken Narrative von der Vorstellung befreien, der  
318 Staat sei  
319 finanziell auf das Geld der Reichen angewiesen. Das zeugt von einer Unkenntnis  
320 der  
321 Funktionsweise modernen Geldes und verspielt Vertrauen in unsere ökonomische  
322 Kompetenz.

### 323 2.4. Wozu Staatsanleihen

324 Und was ist mit den Staatsanleihen? Staatsanleihen sind verzinste staatliche  
325 Wertpapiere, die  
326 von Akteur:innen des Privatsektors erworben werden können. Sie können  
327 unterschiedliche  
328 Laufzeiten haben und werden nach Ablauf der Laufzeit vom Staat wieder ausgelöst.  
329 Beim Kauf  
330 einer Staatsanleihe geschieht bilanziell genau das gleiche wie bei der  
331 Steuerzahlung. Einlagen  
332 auf dem Konto des/der Käufer:in werden gestrichen und auf dem Zentralkonto des  
333 Bundes  
334 gutgeschrieben. Sowohl durch Steuereinnahmen als auch durch die Emission von  
335 Staatsanleihen kann der Bund den Saldo auf dem Zentralkonto des Bundes erhöhen.  
336 Wie inzwischen deutlich geworden sein dürfte, ist das für die Tätigkeit von



337 Staatsausgaben  
338 ökonomisch gesehen völlig unerheblich. Der deutsche Staat hat sich allerdings  
339 rechtliche  
340 Auflagen gegeben, welche die Ausgabentätigkeit künstlich einschränken. Genauer  
341 handelt es  
342 sich hierbei um die §§ 19 & 20 des Bundesbankgesetzes. Hier ist normiert, dass  
343 das  
344 Zentralkonto des Bundes nur innerhalb eines Tages überzogen werden darf, aber  
345 nach Ablauf  
346 eines Tages stets wieder ausgeglichen werden muss. Aus rechtlichen – nicht aus  
347 ökonomischen  
348 – Gründen darf das Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes also  
349 tatsächlich nicht  
350 negativ sein. Aus diesem Grund muss der Bund also tatsächlich bei einer Ausgabe  
351 entweder  
352 durch Steuereinnahmen oder die Emission von Staatsanleihen sein Konto  
353 ausgleichen. Es  
354 handelt sich hierbei um eine rechtliche Selbstbindung, nicht um eine ökonomische  
355 Notwendigkeit. Auch das muss Basiswissen in der politischen Debatte sein. Wir  
356 fordern keine  
357 Abschaffung dieser Regeln. Staatsanleihen sind durchaus sinnvoll, denn erstens  
358 sind  
359 Staatsanleihen für den Privatsektor i.d.R. ein risikofreies Sparinstrument und  
360 zweitens entzieht  
361 die Begabe von Staatsanleihen dem Privatsektor Kaufkraft, was bei einer  
362 umfangreichen  
363 staatlichen Ausgabentätigung zur Stabilisierung des Preisniveaus wichtig ist  
364 (siehe nächster  
365 Abschnitt). Allein, Staatsanleihen sind genauso wenig wie Steuern für die  
366 Tätigkeit von  
367 Staatsausgaben notwendig.

### 368 2.5 Inflation und realwirtschaftliche Grenzen der Staatsausgaben

369 Die Frage, wie hoch staatliche Ausgaben idealerweise tatsächlich sein sollten  
370 ist aber durch  
371 die schiere theoretische Möglichkeit unbegrenzter Staatsausgaben noch nicht  
372 beantwortet.  
373 Wenn Preisstabilität gewährleistet werden soll, können die Staatsausgaben in der  
374 Tat nicht  
375 unendlich hoch sein. Schließlich kann vom Staat nur gekauft werden, was in der  
376 staatlichen  
377 Währung zum Verkauf steht. Da aufgrund knapper Ressourcen das Angebot an Gütern,  
378 Dienstleistungen und Arbeit begrenzt ist, kann eine zu hohe staatliche Nachfrage  
379 zu  
380 steigenden Preisen führen. Allerdings ist das erst der Fall, wenn das Angebot

381 der  
382 nachgefragten Gegenstände selbst nicht mehr steigen kann. Hier liegt also die  
383 natürliche  
384 Grenze der staatlichen Ausgabentätigkeit – vorausgesetzt ein konstantes  
385 Preisniveau wird  
386 angestrebt (wofür wir selbstverständlich eintreten). Wenn es zu politischen  
387 Zwecken (wie dem  
388 Kampf gegen die Klimakrise) notwendig ist, staatlicherseits mehr Ressourcen zu  
389 beanspruchen  
390 als nach Abzug der privaten Nachfrage verfügbar sind, muss dem Privatsektor  
391 Kaufkraft  
392 entzogen werden, damit das Preisniveau gehalten werden kann. Dafür sind Steuern  
393 und  
394 Staatsanleihen probate fiskalische Steuerungsinstrumente.  
395 Inflation ist ein dauerhafter Anstieg des Preisniveaus. Sie kann durch  
396 unterschiedlichste  
397 Faktoren bedingt sein. Allgemein wird zwischen der (angebotsseitigen)  
398 Kostendruckinflation  
399 und der nachfrageinduzierten Inflation unterschieden. Bei der  
400 Kostendruckinflation führen  
401 negative Produktionsschocks (z.B. im Agrarsektor eine klimatisch bedingte  
402 Missernte) oder  
403 Friktionen in Lieferketten zu einer Verknappung des Angebots. Bei  
404 gleichbleibender Nachfrage  
405 steigt dann der Preis. Bei verbreitet eingesetzten Rohstoffen wie Öl, Gas oder  
406 auch Weizen  
407 erhöhen gestiegene Preise unmittelbar die Produktionskosten für zahlreiche  
408 weitere  
409 Produkte. Es kommt also zu einer angebotsseitigen Kettenreaktion der  
410 Preissteigerungen, die  
411 sich zu einem steigenden allgemeinen Preisniveau aufaddieren.  
412 Nachfrageinduzierte Inflation  
413 kommt grob gesagt zustande, wenn die Kaufkraft der Konsument:innen schneller  
414 steigt als das  
415 Angebot der Unternehmen. Solche Kaufkraftsteigerungen können etwa die Folge von  
416 Lohnerhöhungen sein. Allerdings wäre es falsch davon auszugehen, dass  
417 Lohnsteigerungen  
418 automatisch zu steigenden Preisen führen. Erstens können Unternehmen in einer  
419 Konkurrenzsituation nicht willkürlich ihre Preise anheben, weil sie sonst um  
420 ihren Marktanteil  
421 bangen müssten. (Insofern wirken Lohnsteigerungen als Umverteilungsmechanismus  
422 von  
423 Kapital zu Arbeit). Zweitens kann eine gestiegene Nachfrage (sofern noch  
424 Produktionsfaktoren  
425 verfügbar sind) zu einer Ausweitung der Produktion und ggf. in diesem Zuge durch  
426 den  
427 Markteintritt neuer Anbieter sogar zu Preissenkungen führen.

428 Im schlechtesten Fall wirken beide Kausalfaktoren der Inflation zusammen. Das  
429 ist das Szenario  
430 einer Lohn-Preis-Spirale: Gestiegene Preise führen zu höheren Lohnforderungen  
431 der  
432 Arbeitnehmer:innen, und die in der Folge steigenden Löhne führen wieder zu noch  
433 weiter  
434 steigenden Preisen, da sie ja ihrerseits eine Komponente der Produktionskosten  
435 sind.  
436 Von Ausweitungen und Verknappungen der Geldmenge ist die Inflation aber nur  
437 bedingt  
438 abhängig. Die monetaristische Idee, dass Inflation immer und überall schlichtweg  
439 das Ergebnis  
440 zu expansiver Geldpolitik sei, hat sich nicht bewährt. Sie ist schon allein  
441 deshalb falsch, weil  
442 eine Erhöhung der (Zentralbank-)Geldmenge (z.B. durch den Ankauf von  
443 Staatsanleihen durch  
444 die Zentralbank) kaum in die Realwirtschaft vordringt. Geschäftsbanken sind  
445 heute in ihrer  
446 Kreditvergabe weitgehend unabhängig von der Menge an Zentralbankgeld, die ihnen  
447 durch  
448 den Abkauf von Staatsanleihen zur Verfügung gestellt wird. Die Kreditvergabe ist  
449 im  
450 Wirtschaftssystem endogen. Die Zentralbank hat allenfalls über den Leitzins  
451 Auswirkungen  
452 darauf.

453 Die gegenwärtig hohen Preissteigerungen sind vor allem auf die nach wie vor  
454 pandemiebedingte  
455 Beeinträchtigung von Lieferketten und realwirtschaftliche Auswirkungen des  
456 russischen  
457 Angriffskriegs in der Ukraine zurückzuführen. Sie haben mit der Geldpolitik der  
458 EZB wenig und  
459 mit deren Anleihenkäufen praktisch gar nichts zu tun. Die Geldpolitik kann die  
460 Inflation um  
461 den Preis einer Rezession durch scharfe Leitzinserhöhungen bremsen, allerdings  
462 sind dadurch  
463 die Inflationsursachen selbst noch lange nicht nachhaltig beseitigt. Inflation  
464 ist ein weitgehend  
465 realwirtschaftliches Phänomen und als solches sollte sie auch behandelt werden.  
466 Für die Ausgabentätigkeit des Staats bedeutet diese Erkenntnis, dass eine  
467 expansive  
468 Fiskalpolitik ein Inflationsrisiko sein kann, aber nicht sein muss. Steigert der  
469 Staat in Zeiten  
470 negativer Angebotsschocks oder im Zustand der Ausreizung der  
471 volkswirtschaftlichen  
472 Ressourcen seine Ausgaben kommt es zur Übernachfrage und damit zur Gefahr von  
473

474 (nachfrageinduzierter) Inflation. Sind allerdings noch Ressourcen verfügbar,  
475 führen steigende  
476 Staatsausgaben nicht zur Inflation. Hier zeigt sich wieder: Es gibt eine  
477 (sinnvolle) Grenze der  
478 Staatsausgaben, aber die rührt von realwirtschaftlichen Ressourcenknappheiten  
479 und nicht von  
480 einer vermeintlichen monetären Knappheit her.  
481 Mit diesen Erkenntnissen über das moderne Finanzsystem im Hinterkopf wollen wir  
482 nun einige  
483 wirtschaftspolitische und rechtliche Regelungen adressieren, die nicht im  
484 Einklang mit der  
theoretischen Vernunft der vorangegangenen makroökonomischen Analyse stehen.

### 485 3. Abschaffung der Schuldenbremse

486 Gemäß der in Art. 115 Abs. 2 GG verankerten sogenannten ‚Schuldenbremse‘ darf  
487 die  
488 Bundesregierung grundsätzlich nicht mehr Geld ausgeben, als dem Bundeshaushalt  
489 durch  
490 Steuereinnahmen zufließt. Genau genommen darf ein strukturelles Haushaltsdefizit  
491 in Höhe  
492 von 0,35% des BIP hingenommen werden (vgl. Art. 115 Abs. 2 GG). Die sogenannte  
493 Konjunkturkomponente in der Schuldenbremse lockert diese harte Budgetrestriktion  
494 in  
495 Rezessionszeiten auf. Allerdings sieht die Formulierung im Gesetzestext  
496 derartige Ausnahmen  
497 von der Schuldenbremse nur für den Fall vor, wenn das Wirtschaftswachstum  
498 signifikant  
499 negativ von seinem Trend abweicht (konventionelle Berechnung der sog. Output-  
500 Lücke).  
501 Allerdings kann es sein, dass die volkswirtschaftlichen Ressourcen der  
502 Bundesrepublik auch  
503 bei trendmäßig wachsendem BIP nicht ausgelastet sind. In diesem Fall besteht bei  
504 einer  
505 Erhöhung der Staatsausgaben kein Inflationsrisiko. Dennoch muss unter der  
506 aktuellen Norm  
507 auch in diesem Fall die Schuldenbremse eingehalten werden. Das erschwert den  
508 Kampf gegen  
509 Arbeitslosigkeit, Armut und Klimakrise mit dem Instrumentarium der Fiskalpolitik  
510 erheblich.  
511 Wie aus dem vorangegangenen Theorieteil hervorgeht, macht eine solche  
512 vermeintliche  
513 ‚Schulden‘-Regel ökonomisch keinen Sinn. Sie baut auf einem grundfalschen  
514 Verständnis  
515 staatlicher Finanzen auf, denn sie behandelt den öffentlichen Haushalt wie einen  
516 Privathaushalt (Währungsnutzer anstatt Währungsschöpfer).

517 Die neoliberale Sparideologie darf keinen mangelnden Willen für politische  
518 Reformen  
519 legitimieren. Notwendige Zukunftsinvestitionen dürfen nicht von willkürlichen  
520 Kennzahlen  
521 verzögert werden.

522 Sowohl in der Zeit der Großen Koalition, als auch unter der neuen  
523 Bundesregierung wird  
524 mittelfristig das Ziel ausgeglichener Haushalte angestrebt. Eine solche  
525 ökonomisch sinnfreie  
526 heilige Kuh darf nicht das zentrale Leitmotiv bundesdeutscher Fiskalpolitik  
527 sein.

#### 528 4. Die Schuldenregeln der EU

529 Aus dem gleichen Grund, aus dem wir für eine Abschaffung der Schuldenbremse auf  
530 Bundesebene plädieren, fordern wir die Abschaffung der Schuldenregelungen auf  
531 EU-Ebene.

532 Das betrifft das in Art. 140 Abs. 1 AEUV normierte zweite sogenannte  
533 Konvergenzkriterium,  
534 das nach Konkretisierung durch den Rat der Europäischen Union Haushaltsdefizite  
535 der  
536 Mitgliedstaaten auf maximal 3% des BIP und die Schuldenstandsquote auf maximal  
537 60%  
538 begrenzt. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der das Ziel von ausgeglichenen  
539 Haushalten  
540 oder sogar Überschusshaushalten für die EU-Staaten vorschreibt, muss aufgrund  
541 seiner  
542 ökonomischen Unsinnigkeit ebenfalls abgeschafft werden. Gleiches gilt für die  
543 Nichtbeistandsklausel, die verbietet, dass ein Mitgliedstaat für die Schulden  
544 eines anderen  
545 Mitgliedstaats aufkommt.

546 Die gegenwärtig zurückhaltende Fiskalpolitik unter den Bedingungen der  
547 Maastricht Kriterien  
548 hemmt das europäische Wirtschaftswachstum für Jahrzehnte. Eine Reform der  
549 Europäischen  
550 Finanzarchitektur soll diesen Missstand beseitigen. Die von uns vorgeschlagene  
551 Reform  
552 beinhaltet neben der bereits genannten Abschaffung der europäischen  
553 Schuldenregeln die  
554 Einführung eines Europäischen Finanzministeriums. Ein Europäisches  
555 Finanzministerium  
556 könnte die notwendigen Mittel für Projekte bereitstellen, die nur im  
557 europäischen Rahmen  
558 sinnvoll implementiert werden können (das Prinzip der Subsidiarität bleibt  
559 geachtet). Der in

560 Teil 7 skizzierte Green New Deal stellt eines dieser Projekte dar. Maßnahmen zum  
561 Schutz und  
562 zur Unterstützung Geflüchteter sowie solche zur Stärkung der  
563 sicherheitspolitischen  
564 Autonomie der EU fallen aber ebenfalls in diese Kategorie. Das Europäische  
565 Finanzministerium  
566 würde Europäische Anleihen emittieren, die dann von privaten Investor:innen auf  
567 dem  
568 Primärmarkt erworben werden könnten, wobei eine Ankaufgarantie der EZB auf dem  
569 Sekundärmarkt das Risiko für Investor:innen auf Null reduziert. Die europäische  
570 Integration,  
571 hin zu einer ‚ever closer union‘, wird auf diese Weise weiter vorgebracht.

### 572 5. Höhere Löhne für die Stabilität der EU

573 Jede offene Volkswirtschaft besteht aus drei Sektoren: dem öffentlichen Sektor,  
574 dem  
575 Privatsektor und dem Ausland. Klar ist, wenn ein Sektor netto spart, muss sich  
576 mindestens  
577 ein anderer Sektor netto verschulden um diese Ersparnis zu ermöglichen. Es ist  
578 logisch  
579 unmöglich, dass alle drei Sektoren gleichzeitig sparen. Wenn alle Sektoren  
580 sparen, gehen die  
581 Ausgaben aller Sektoren zurück. Da aber die Ausgaben eines Akteurs immer  
582 gleichzeitig die  
583 Einnahmen eines anderen Akteurs sind, gehen damit logischerweise auch die  
584 Einnahmen  
585 zurück. Wenn also alle drei Sektoren sparen wollen, berauben sie sich selbst der  
586 notwendigen finanziellen Ressourcen um zu sparen. Das ist das klassisch  
587 keynesiansische  
588 Sparparadox.

589 Seit den Agenda-Jahren sind in Deutschland sowohl privater als auch öffentlicher  
590 Sektor  
591 regelmäßig gleichzeitig Netto-Sparer. Logischerweise kommt das Geld für das  
592 private Sparen  
593 unter Erzielung von öffentlichen Haushaltsüberschüssen aus dem Ausland. Konkret  
594 sorgen die  
595 deutschen Handelsbilanzüberschüsse für diesen Geldzufluss. Diese  
596 Handelsbilanzüberschüsse  
597 wiederum sind maßgeblich dadurch bedingt, dass in Deutschland seit Beginn des  
598 Jahrhunderts  
599 die Löhne nicht mehr im Einklang mit dem Produktivitätswachstum steigen. Durch  
600 diese  
601 Niedriglohnpolitik genießt die deutsche Wirtschaft Wettbewerbsvorteile, die aber  
602 zulasten der

603 Konkurrenzfähigkeit anderer europäischer Volkswirtschaften gehen. Dadurch  
604 zwingen wir  
605 unsere europäischen Partner (insbesondere die südeuropäischen Staaten) unsere  
606 Handelsbilanzüberschüsse durch eigene Handelsbilanzdefizite auszugleichen. Es  
607 ist logisch  
608 notwendig, dass sich unsere europäischen Partner dafür verschulden. Die  
609 fehlgeleitete  
610 Fiskalpolitik der vergangenen Jahrzehnte hat dazu geführt, dass Deutschland  
611 seine  
612 Arbeitslosigkeit an seine schwächeren europäischen Nachbarn exportiert und mit  
613 seinen  
614 Handelsbilanzüberschüssen südeuropäische Staaten in die Verschuldung gedrängt  
615 hat.  
616 Weil uns an einer solidarischen und stabilen Europäischen Union gelegen ist,  
617 muss diese Politik  
618 umgekehrt werden! Wir brauchen ein signifikantes Lohnwachstum in Deutschland um  
619 unseren  
620 europäischen Partnern wieder faire Wettbewerbsbedingungen zu ermöglichen. Wir  
621 fordern  
622 daher eine weitere Anhebung des Mindestlohns und eine ordnungspolitische  
623 Stärkung der  
624 Gewerkschaften. In Anbetracht der pandemie- und kriegsbedingten temporären  
625 Knappheiten  
626 in der Realwirtschaft sollen diese Maßnahmen behutsam und schrittweise umgesetzt  
627 werden.  
628 Außerdem fordern wir eine Abkehr von der harten deutschen Linie in der EU, die  
629 südeuropäischen Staaten zur Lösung eines von Deutschland maßgeblich  
630 mitgeschaffenes  
631 Problems eine sozial und ökonomisch verheerende Austeritätskur aufoktroziert.

### 632 6. Die Job-Garantie

633 Strukturelle Arbeitslosigkeit sowie gesellschaftliche Folgeprobleme, gehörten  
634 der  
635 Vergangenheit an. Soziale Isolation, Kriminalität, Landflucht, gesundheitliche  
636 und familiäre  
637 Probleme sowie frühzeitige Schulabgänge können nach Verlust einer (eigenen)  
638 geregelten  
639 Arbeit zu erheblichen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verwerfungen  
640 führen.  
641 Gemeinschaftsbildung, soziales Netzwerken, praxisorientiertes Lernen sowie die  
642 Sicherung  
643 von intergenerationeller Stabilität, u.a. können ohne geregelte Beschäftigung,  
644 nur schwer ihre  
645 integrativen Kräfte entfalten.  
646 Die Implementierung einer Job-Garantie (JG) soll strukturelle Arbeitslosigkeit

647 und ihre  
648 Folgeprobleme beseitigen. Sie kann zudem helfen die Ziele einer  
649 volkswirtschaftlichen  
650 Effizienzsteigerung, einer Reduktion sozialer Reibungspunkte und dem Kampf gegen  
651 vermachtete Ungerechtigkeiten, besser zu erreichen.  
652 Das Ziel des Programms ist es, jeder arbeitswilligen Person eine gemeinnützige  
653 Arbeit  
654 anzubieten. Der Staat als ‚Arbeitgeber der letzten Instanz‘ könnte so einen  
655 sozial akzeptablen  
656 Mindestlohn und entsprechende Arbeitsbedingungen, auch in der Privatwirtschaft,  
657 durchsetzen. Löhne und Arbeitsbedingungen in der Privatwirtschaft werden  
658 natürlicherweise  
659 mindestens auf dem gleichen, wenn nicht sogar auf einem höheren Niveau sein als  
660 in der Job-  
661 Garantie. Wäre das nicht der Fall, hätten Arbeitnehmer:innen keinen Anreiz  
662 überhaupt von  
663 einem JG-Job in die Privatwirtschaft zu wechseln. Private Arbeitgeber sind so  
664 gezwungen  
665 attraktivere Löhne und akzeptable Arbeitsbedingungen zu bieten um überhaupt an  
666 Arbeitskräfte zu gelangen. Der Niedriglohnsektor wird effektiv ausgetrocknet.  
667 Die Job-  
668 Garantie wirkt wie ein natürlicher Mindestlohn. Die JG-Jobs werden im Rahmen  
669 regionaler  
670 oder kommunaler Ebene vorgeschlagene Projekte angeboten, welche nach Prüfung des  
671 gesellschaftlichen Nutzens und ausreichenden Arbeitsmöglichkeiten von zentraler  
672 Stelle  
673 finanziert werden. Im Rahmen der Jobgarantie könnte die demokratische  
674 Partizipation der  
675 Bürger:innen gestärkt werden, indem z.B. Jugendparlamente oder andere  
676 überparteiliche  
677 Interessensvertretungen in die Schaffung von JG-Jobs miteinbezogen werden.  
678 Die vorgeschlagenen Maßnahmen könnten im Falle einer Rezession nicht nur die  
679 Nachfrage  
680 und damit die Konjunktur stabilisieren; positiver Nebeneffekt der JG könnte  
681 weiterhin eine  
682 höhere Konkurrenz der Unternehmen um Geringverdiener:innen sein. Asymmetrische  
683 Machtkonstellationen auf dem Arbeitsmarkt würden so effektiv bekämpft und  
684 Arbeitsbedingungen verbessert werden. Damit hätten die Arbeitgeber:innen einen  
685 Anreiz,  
686 Arbeitskräfte effizienter einzusetzen. Gleichzeitig entsteht ein Depot an  
687 qualifizierten und  
688 routinierten Arbeitskräften, das je nach Bedarf der Privatwirtschaft größer oder  
689 kleiner ist.  
690 Weiterhin sollte der Zusammenhang zwischen Angebot und Nachfrage automatisch für  
691 erhöhte Löhne sorgen, falls der Bedarf an Arbeitskräften in der Privatwirtschaft  
692 steigt. Ein  
693 Depot aus arbeitenden Personen, die der Privatwirtschaft potentiell zur



694 Verfügung stehen  
695 (NAIBER), kann flexibler abgerufen werden, wobei Vollbeschäftigung staatlich  
696 garantiert wird.  
697 Preisstabilität kann so im Vergleich zu neoklassischen Konzepten oder zum  
698 bedingungslosen  
699 Grundeinkommen auf effizientere Weise sichergestellt werden. Sollte die  
700 Inflation in einem  
701 Wirtschaftssektor über das von der Regierung angestrebte Ziel hinausgehen wird  
702 eine  
703 restriktivere Fiskalpolitik angestrebt, welche Ressourcen aus dem inflationären  
704 Sektor  
705 abfließen lassen sollte. Die JG kann dabei als antizyklischer Stabilisator auf  
706 die Konjunktur  
707 wirken. Bei starker Konjunktur verringert sich, durch den erhöhten Bedarf an  
708 Arbeitskräften  
709 die Zahl der staatlich bezahlten Jobs. Hierdurch sinken gleichzeitig die  
710 Staatsausgaben und das  
711 Überhitzen der Konjunktur wird verhindert. Bei schwacher Konjunktur bietet die  
712 JG mehr  
713 Stellen an und verhindert so einen Konsumeinbruch. Die JG kompensiert im  
714 Gegensatz zur  
715 Arbeitslosenunterstützung oder einem bedingungslosen Grundeinkommen nicht nur  
716 den  
717 Einkommensverlust, sondern auch den Beschäftigungsverlust.

### 718 7. Ein ernstgemeinter Europäischer Green New Deal (GND)

719 Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten und gleichzeitig den  
720 gesellschaftlichen Wohlstand kommender Generationen zu sichern, benötigen wir  
721 gewaltige  
722 wirtschaftliche Umwälzungen. Weitreichende Reformen, zur Beseitigung dieser  
723 Probleme  
724 benötigen allerdings eine breite, gesellschaftliche Mehrheit und müssen deshalb  
725 eine  
726 Mehrheit der Bevölkerung besserstellen um demokratisch durchsetzbar zu sein. Ein  
727 von der  
728 MMT inspirierter Green New Deal ist unausweichlich.  
729 Der Green New Deal ist ein umfangreiches Investitionsprogramm, das die  
730 ökologische  
731 Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft immens beschleunigt. Auch eine an  
732 dem Ziel  
733 der Klimaneutralität ausgerichtete Jobgarantie kann ein Element des Green New  
734 Deals sein.  
735 Ein überzeugender Vorschlag zu der Ausgestaltung eines Green New Deal wurde vom  
736 Democracy in Europe Movement (DiEM25) vorgelegt (<https://gnde.diem25.org>).

737 Wie in Teil 2 der Begründung erklärt belaufen sich die volkswirtschaftlichen  
738 Kosten für den  
739 Green New Deal (GND) lediglich auf die Differenz zwischen den benötigten realen  
740 Ressourcen und den Verfügbaren Ressourcen. Ein Ressourcenbedarf, der über die  
741 gegenwärtig noch verfügbaren Ressourcen hinausgeht, um die Ziele des GND zu  
742 erreichen,  
743 kann temporäre Konsumeinschränkungen notwendig machen. Diese können durch  
744 diverse  
745 fiskalische Instrumente durchgesetzt werden. So können zum Beispiel erhöhte  
746 Konsumsteuern die Nachfrage drosseln. Alternativ kann auch der obligatorische  
747 Transfer  
748 eines gewissen Teils der Arbeitseinkommen auf temporär gesperrte aber verzinste  
749 Sparkonten zu einem Konsumaufschub führen, der Einkommensbezieher:innen aber  
750 langfristig sogar besserstellt. Der finanzielle Spielraum welcher durch das  
751 zusätzliche Budget  
752 freigesetzt wurde muss eingesetzt werden, um Europas Klimaneutralität bis 2035  
753 sicherzustellen.

## 754 8. Eine teilweise Monetarisierung der Care-Arbeit

755 Gerade der Wirtschaftssektor der Sozialfürsorge wird in klassischen  
756 Wirtschaftsmodellen  
757 häufig vernachlässigt. Die Unterteilung in eine Produktions- und eine private  
758 Sphäre erscheint  
759 willkürlich. Essenzielle Bereiche wirtschaftlicher Aktivität werden demnach  
760 ignoriert,  
761 übersehen oder unterbewertet. Care-Arbeit muss deshalb vom Staat entsprechend  
762 vergütet  
763 werden.

764 Care-Arbeit lässt sich schwer auf klassische, wirtschaftliche Modelle  
765 übertragen. Ein Fokus auf  
766 Wachstum und Effizienzsteigerung kann in der Care Arbeit nicht zu einer  
767 Qualitätssteigerung  
768 führen. Die Job-Garantie könnte nicht nur für bessere Bedingungen für alle  
769 Beteiligten in der  
770 Sozialfürsorge führen. Auch erlauben die Erkenntnisse der MMT eine  
771 konjunkturunabhängige  
772 staatliche Vergütung von Care-Arbeit über den Rahmen der Job-Garantie hinaus.  
773 Auch könnte  
774 bisher unbezahlte Care-Arbeit durch die Anerkennung als JG-Job entsprechend  
775 vergütet  
776 werden. Eine Leistung von der - vor allem - aber nicht ausschließlich Finta-  
777 Personen  
778 profitieren. Die bezahlte Care-Arbeit würde demnach als Ergänzung bei  
779 struktureller,

780 marktwirtschaftlicher Unterversorgung dienen.

## 781 9. Schlussbemerkungen

782 In Thüringen bemerken wir jetzt schon, welche verheerenden Folgen fehlgeleitete  
783 Sparpolitik  
784 für Zivilgesellschaft, den Gesundheitssektor, Arbeitnehmer:innen, Schüler:innen  
785 und  
786 Hilfsbedürftige hat. Entscheidungsträger:innen dürfen sich nicht mehr hinter dem  
787 Scheinargument der Budgetrestriktionen verstecken. Die erheblich größeren  
788 Budgetfreiräume  
789 ermöglichen es uns, progressive Projekte deutlich schneller voranzutreiben.  
790 Die MMT verspricht einige systemische Fehler des Kapitalismus abzumildern, kann  
791 allerdings  
792 nicht grundsätzliche Widersprüche auflösen. Ziel muss es deshalb sein, mithilfe  
793 der MMT  
794 den Kapitalismus zu überwinden. Auch für nicht arbeitswillige Personen muss eine  
795 menschenwürdige Versorgung gewährleistet werden. Ein progressiveres Steuersystem  
796 bleibt  
797 weiterhin unausweichlich, auch wenn dieses nicht zur Staatsfinanzierung  
798 beiträgt, sondern  
799 für Infaltionsregulierung und zur Abmilderung sozialer Verwerfungen sorgt. Wir  
800 sehen die  
801 MMT als eine Hilfestellung für die allmähliche Einführung des Sozialismus an.

## **Begründung**

### 1. Einleitendes

Die Zwanzigerjahre des 21. Jahrhundert sind ein Jahrzehnt, in dem schicksalhafte Entscheidungen über die Zukunft der Bürger:innen in Deutschland, aber darüber hinaus in ganz Europa und der ganzen Welt getroffen werden. Es hängt von den Weichenstellungen in diesem Jahrzehnt ab, ob die Klimakrise auf ein Ausmaß zu begrenzen ist, welches das Leben auf unserem Planeten in der Form wie wir es kennen weiterhin möglich macht. Es hängt ebenfalls von den Weichenstellungen in diesem Jahrzehnt ab, ob sich die Europäische Staatengemeinschaft effektiv gegen militärische und terroristische Bedrohungen schützen kann und ob sie weiterhin ein beachteter und einflussreicher Akteur ist. Angesichts dieser epochalen Weichenstellungen, die in den kommenden Jahren zu treffen sind, lastet die Verantwortung, die auf den politischen Entscheidungsträger:innen, aber auch auf jeder:m Bürger:in gewaltig. Als Jusos verstehen wir es als integralen Teil dieser Verantwortung, bei den genannten Weichenstellungen alle Angehörigen unserer Gesellschaft mitzudenken und Kosten und Nutzen sozial gerecht zu verteilen.

Wir sind uns einig – die ökologische Transformation unserer Zivilisation muss so schnell wie

möglich erfolgen. Ebenso dürfen wir bei der Gewährleistung unserer Sicherheit keinen Tag nachlässig sein. Humanitäre Notlagen, wie die Lebensumstände von Menschen die bei uns Schutz vor Elend, Tod und Verfolgung suchen, dürfen wir keinen Augenblick hinnehmen. Dass die Klimakrise, die Sicherheitskrise und die vielen humanitären Krisen kausal miteinander zusammenhängen, zeigt zudem, dass auch eine sinnvolle Lösung dieser Krisen nur zusammenhängend gedacht werden kann. Es ist also deutlich: die Herausforderungen im Hinblick auf Klima, Sicherheit und die humanitäre Lage müssen gleichzeitig und so schnell wie möglich angepackt werden.

Aber was heißt eigentlich ‚so schnell wie möglich‘? Neben dem Vorhandensein von technischen Lösungen, guten politischen Ideen und weitsichtigen Strategien ist bei dieser Frage vor allem auch das Budget von entscheidender Bedeutung. Der Umfang und die Zuteilung von Haushaltsmitteln haben erheblichen Einfluss darauf, wie schnell und wie effektiv Lösungsideen für die aufgeworfenen Probleme umgesetzt werden können. Es ist also bei den vor uns liegenden Weichenstellungen von entscheidender Bedeutung, die finanziellen Möglichkeiten unseres Staates richtig einzuschätzen und politische Entscheidungen auf der Grundlage einer fundierten Kenntnis fiskalischer Vorgänge aufzubauen. Dieser Antrag soll dazu dienen den Diskurs über die Finanzpolitik mit Hilfe der Modern Monetary Theory (MMT) auf eine fundierte theoretische Grundlage zu stellen und Perspektiven zu entwickeln, wie progressive Lösungen der gegenwärtigen Krisen auf dem Fundament einer vernünftigen Fiskalpolitik aussehen könnten. Die MMT ist eine im akademischen Diskurs breit diskutierte Geld- und Wirtschaftstheorie, die in Anlehnung an den Keynesianismus makroökonomische Zusammenhänge auf der Grundlage der Funktionsweise unseres modernen Finanzsystems erklärt. Im Folgenden wollen wir die zentralen deskriptiven Erkenntnisse der MMT skizzieren und anschließend auf dieser theoretischen Grundlage unsere wirtschaftspolitischen Forderungen darlegen.

## 2. Erkenntnisse der MMT

### 2.1 Was ist Geld

Modernes Geld ist ein Geschöpf der Rechtsordnung. Der Staat definiert die Währung, in der Zahlungen an ihn zu tätigen sind und in der er selbst Zahlungen tätigt. In den meisten Staaten der Europäischen Union heißt diese Währung Euro. Der Staat hat zudem ein Monopol auf die Schöpfung seiner Währung. In der Eurozone – einer Währungsunion – ist der Prozess der Währungsschöpfung institutionell etwas komplexer als in einem Staat mit eigener Landeswährung. Dennoch ändert auch die gemeinsame Währung der Eurozone nichts an der Tatsache, dass unser Geld ein Produkt der staatlichen (europäischen) Rechtsordnung ist. Während Bürger:innen und Unternehmen die staatliche Währung einfach nur für ihre ökonomische Aktivität nutzen, ist der Staat selbst nicht einfacher Nutzer sondern Schöpfer dieser Währung. Gesetzt den Fall ein Staat bindet seine Währung nicht zu einem fixen Kurs an andere Vermögenswerte (z.B. Fremdwährungen oder Gold), ist er in seiner Geldpolitik vollkommen unabhängig. Er kann die Leitzinsen beliebig festsetzen und in beliebigem Umfang Währung in Umlauf bringen.

Der Staat kann sich in Währungsfragen aber auch Regeln und Einschränkungen auferlegen. Er kann zum Beispiel seine Währung zu einem festen Austauschverhältnis an andere Vermögenswerte binden. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren deutsche Währungen etwa zu einem festen Wechselkurs an Gold gebunden (Goldstandard). Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Bundesrepublik Teil des Bretton-Woods-Systems, in dem die Deutsche Mark zu einem festen Wechselkurs an den US-Dollar gebunden war. Auch das Europäische Währungssystem (EWS) war ein solches Regime fixierter Wechselkurse. Derartige Währungsanbindungen schränken den Spielraum eines Staats, die eigene Währung in Umlauf zu bringen und Einfluss auf Kredit- und Anleihezinsen zu nehmen ein. Wenn bei fixierten Wechselkursen die im Umlauf befindliche Menge einer Währung ausgeweitet wird, sinkt deren Wert relativ zu der anderen Währung des Wechselkursregimes. Da aber das Austauschverhältnis fixiert ist, ist die Währung überbewertet. Das führt zu Kapitalflucht und Wettbewerbsnachteilen im Land mit der überbewerteten Währung.

Der Euro ist an keine andere bedeutende Währung gebunden. Sein Wechselkurs zu anderen Währungen ist frei. Deswegen sind die geldpolitischen Institutionen der Eurozone (das System nationaler Zentralbanken (ESZB) und anderen Spitze die Europäische Zentralbank (EZB)) in ihrer Geldpolitik unabhängig. Man spricht in diesem Fall von monetärer Souveränität.

### 2.2 Wie funktionieren Staatsausgaben

Wenn ein Staat mit souveräner Währung Ausgaben tätigt, schöpft er das benötigte Geld kraft seines Währungsmonopols über seine Zentralbank. Alle Staaten der Eurozone haben ein Konto bei ihrer nationalen Zentralbank und damit indirekt bei der EZB. In Deutschland ist dies das Zentralkonto des Bundes bei der Deutschen Bundesbank. Genauso haben Geschäftsbanken Konten bei ihrer nationalen Zentralbank.

Wenn der deutsche Staat Ausgaben tätigt, passiert Folgendes: Die Bundesbank bucht das Zentralbankkonto derjenigen Geschäftsbank hoch, bei der der/die Zahlungsempfänger:in der staatlichen Ausgabe sein/ihr Konto hat. Dafür schreibt die Geschäftsbank den von der Bundesbank erhaltenen Betrag auf dem Konto des/der Zahlungsempfänger:in gut. In dem Moment, in dem die Bundesbank das Zentralbankkonto der Geschäftsbank hochbucht, erzeugt sie Geld. Dieses Geld war zuvor nicht da und wird durch die Gutschrift bei der Geschäftsbank durch die Bundesbank geschöpft. In der Bilanz der Bundesbank ist dadurch eine zusätzliche Verbindlichkeit entstanden. Damit die Bilanz der Bundesbank ausgeglichen ist, wird das Zentralkonto des Bundes um den entsprechenden Betrag belastet. Der Bund hat also sozusagen jetzt ‚Schulden‘ bei der Bundesbank. Das ist so formal auch logisch, denn schließlich hat die Bundesbank durch ihre Gelderzeugung ja die Ausgabe des Bundes getätigt. Aber was ist die Bedeutung dieser ‚Schulden‘?

Der Bund und die Bundesbank sind beide Institutionen des Deutschen Staates. Zu behaupten, eine staatliche Institution habe Schulden bei der anderen staatlichen Institution ist nicht sinnvoll. An dem Verschuldungsgrad des Staats als Ganzem ändert das schließlich nichts. Wenn der Bund 100€ ‚Schulden‘ bei der Bundesbank hat, hat die Bundesbank 100€ ‚Forderungen‘ beim Bund. Damit ist die Nettoverschuldung des Staats trotzdem Null. Natürlich hat die Bundesbank im Beispiel der

Staatsausgaben Geld an eine Geschäftsbank bezahlt. Insofern hat der Staatssektor als Ganzes trotzdem eine Netto-Verbindlichkeit gegenüber dem Privatsektor.

Bei den beschriebenen Bilanzausgleichungen wird diese Verbindlichkeit als negatives Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes abgebildet. Aber von Schulden zu sprechen wäre dennoch in der Sache falsch, denn das Geld ist ja durch das Hochbuchen des Zentralbankkontos der Geschäftsbank durch die Bundesbank entstanden. Die Bundesbank hat sich dieses Geld nirgends ausgeliehen. Sie hat es – kraft ihres Währungsmonopols – einfach geschaffen. Das negative Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes ist nichts weiter als der ‚Bilanzschatten‘ dieser Gelderzeugung durch die Zentralbank.

Steuereinnahmen haben hier zu keinem Zeitpunkt eine Rolle gespielt. Wie anhand der beschriebenen Prozesse deutlich wird, könnte der Bund theoretisch bis in alle Ewigkeit in seiner eigenen Währung Ausgaben tätigen, ohne irgendeiner Instanz oder einem Menschen dafür etwas schuldig zu sein. Das ist so aus dem einfachen Grund, weil der Staat Währungsschöpfer ist. Kein:e Bürger:in muss jemals irgendetwas bezahlen, was der Staat zuvor ausgegeben hat. Der/die Steuerzahler:in bezahlt keine Staatsausgaben und folglich werden mit Staatsausgaben auch unter keinen Umständen künftige Generationen belastet. Bei der Steuerzahlung fließt Geld von den Konten von Bürger:innen und Unternehmen über das Kontensystem der Zentralbank auf das Zentralkonto des Bundes. Hier verringern die Steuerzahlungen also das negative Nettovermögen des Bundes. Die finanzielle Situation des Staates ändert das allerdings in keiner Weise. Selbst wenn sich der Staat nach jahrelangen Haushaltsüberschüssen im herkömmlichen Sinne ‚entschulden‘ und ‚Rücklagen‘ bilden würde, wäre das finanziell völlig bedeutungslos. Selbst ein positives Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes heißt im Endeffekt nur: Der Bund hat ein Guthaben bei der Bundesbank, bzw. die Bundesbank hat eine Verbindlichkeit gegenüber dem Bund. Das ist bedeutungslos, denn das Nettoguthaben oder die Nettoverschuldung des Staats als Ganzem ist immer noch Null. Das positive Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes verändert die Möglichkeit Ausgaben zu tätigen in keiner Weise. Steuern finanzieren keine Staatsausgaben.

Der Staat muss sich also die finanziellen Ressourcen für seine Ausgaben weder von Steuerzahler:innen beschaffen, noch mittels Krediten vom Privatsektor ausleihen, denn in der institutionellen Gestalt der Zentralbank ist der Staat selbst unerschöpfliche Quelle von Geld. Der Staat kann ganz ohne Steuereinnahmen und Kreditaufnahme in seiner eigenen Währung unbegrenzt Geld ausgeben und wird trotzdem niemals in dieser Währung ‚Pleite gehen‘. Denn in seiner Ausgabebetätigkeit ist es dem Staat unmöglich sich im herkömmlichen Sinne zu verschulden, da er die ausgegebenen Mittel stets selbst erzeugt. Steuern und staatliche Kredite (staatliche Kreditaufnahme funktioniert über die Emission von Staatsanleihen) sind für die Staatsfinanzierung nicht notwendig. Ebenso bedeuten Haushaltsüberschüsse auch keine erweiterten finanziellen Spielräume für den Staat, denn er kann für seine Ausgabewünsche unbegrenzt Geld schöpfen – ganz gleich ob er in einer bestimmten Zeitperiode (z.B. einem Jahr) dem Wirtschaftskreislauf über Steuern weniger, gleich viel, oder mehr Geld entzieht wie er in dieser Periode ausgegeben hat.

Wir halten fest: Steuern (und Staatsanleihen) finanzieren keine Staatsausgaben und Haushaltsdefizite sind folglich auch keine Belastung für künftige Generationen. Wozu braucht

es dann überhaupt Steuern und weshalb emittiert der Staat dann Staatsanleihen?

### 2.3. Wozu Steuern

Obwohl Steuern für die Staatsfinanzierung im monetären Sinne bedeutungslos sind, haben sie eine große Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft. Zunächst dienen sie dazu, dass die staatliche Währung in Wirtschaft und Bevölkerung akzeptiert wird. Indem der Staat Steuerforderungen in der von ihm definierten Währung erhebt, schafft er eine Nachfrage für diese Währung. Schließlich benötigen alle Bürger:innen und Unternehmen die Währung um ihre Steuerschuld zu tilgen. Darüber hinaus sind Steuern das zentrale Instrument der Umverteilung von Vermögen und indem sie Bürger:innen und Unternehmen Kaufkraft entziehen, schaffen sie Platz für die staatliche Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Zuletzt können Konsumsteuern als Lenkungsinstrumente eingesetzt werden, wie das etwa von der Tabaksteuer bekannt ist. Steuern sind also unverzichtbar – allerdings dienen sie nicht dazu irgendetwas zu finanzieren. Insofern ist auch die Formel „Starke Schultern müssen mehr tragen“ in der Sache ökonomisch falsch. Wir brauchen das Geld der Reichen nicht um Armut zu bekämpfen, den Klimawandel aufzuhalten und humanitäre Katastrophen abzuwenden. Wir können es ihnen trotzdem wegzunehmen, damit sie mit ihrem Konsum nicht so viele Treibhausemissionen verursachen, gesellschaftliche Machtasymmetrien aufbauen und keine Ressourcen in Anspruch nehmen, die anderweitig sinnvoller eingesetzt werden könnten. Das ist aber eine politische Frage und keine ökonomische. Umverteilung ist selbstverständlich weiterhin notwendig. Die Sicherstellung formal gleicher Chancen reicht nicht aus, um gesellschaftliche Asymmetrien gerecht auszugleichen.

Jedenfalls müssen wir unsere linken Narrative von der Vorstellung befreien, der Staat sei finanziell auf das Geld der Reichen angewiesen. Das zeugt von einer Unkenntnis der Funktionsweise modernen Geldes und verspielt Vertrauen in unsere ökonomische Kompetenz.

### 2.4. Wozu Staatsanleihen

Und was ist mit den Staatsanleihen? Staatsanleihen sind verzinste staatliche Wertpapiere, die von Akteur:innen des Privatsektors erworben werden können. Sie können unterschiedliche Laufzeiten haben und werden nach Ablauf der Laufzeit vom Staat wieder ausgelöst. Beim Kauf einer Staatsanleihe geschieht bilanziell genau das gleiche wie bei der Steuerzahlung. Einlagen auf dem Konto des/der Käufer:in werden gestrichen und auf dem Zentralkonto des Bundes gutgeschrieben. Sowohl durch Steuereinnahmen als auch durch die Emission von Staatsanleihen kann der Bund den Saldo auf dem Zentralkonto des Bundes erhöhen. Wie inzwischen deutlich geworden sein dürfte, ist das für die Tötigung von Staatsausgaben ökonomisch gesehen völlig unerheblich. Der deutsche Staat hat sich allerdings rechtliche Auflagen gegeben, welche die Ausgabentätigkeit künstlich einschränken. Genauer handelt es sich hierbei um die §§ 19 & 20 des Bundesbankgesetzes. Hier ist normiert, dass das Zentralkonto des Bundes nur innerhalb eines Tages überzogen werden darf, aber nach Ablauf eines Tages stets wieder ausgeglichen werden muss. Aus rechtlichen – nicht aus ökonomischen – Gründen darf das Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes also tatsächlich nicht negativ sein. Aus diesem Grund muss der Bund also tatsächlich bei einer Ausgabe entweder durch Steuereinnahmen oder die Emission von Staatsanleihen sein Konto ausgleichen. Es

handelt sich hierbei um eine rechtliche Selbstbindung, nicht um eine ökonomische Notwendigkeit. Auch das muss Basiswissen in der politischen Debatte sein. Wir fordern keine Abschaffung dieser Regeln. Staatsanleihen sind durchaus sinnvoll, denn erstens sind Staatsanleihen für den Privatsektor i.d.R. ein risikofreies Sparinstrument und zweitens entzieht die Begabe von Staatsanleihen dem Privatsektor Kaufkraft, was bei einer umfangreichen staatlichen Ausgabentätigung zur Stabilisierung des Preisniveaus wichtig ist (siehe nächster Abschnitt). Allein, Staatsanleihen sind genauso wenig wie Steuern für die Tötigung von Staatsausgaben notwendig.

### 2.5 Inflation und realwirtschaftliche Grenzen der Staatsausgaben

Die Frage, wie hoch staatliche Ausgaben idealerweise tatsächlich sein sollten ist aber durch die schiere theoretische Möglichkeit unbegrenzter Staatsausgaben noch nicht beantwortet. Wenn Preisstabilität gewährleistet werden soll, können die Staatsausgaben in der Tat nicht unendlich hoch sein. Schließlich kann vom Staat nur gekauft werden, was in der staatlichen Währung zum Verkauf steht. Da aufgrund knapper Ressourcen das Angebot an Gütern, Dienstleistungen und Arbeit begrenzt ist, kann eine zu hohe staatliche Nachfrage zu steigenden Preisen führen. Allerdings ist das erst der Fall, wenn das Angebot der nachgefragten Gegenstände selbst nicht mehr steigen kann. Hier liegt also die natürliche Grenze der staatlichen Ausgabentätigkeit – vorausgesetzt ein konstantes Preisniveau wird angestrebt (wofür wir selbstverständlich eintreten). Wenn es zu politischen Zwecken (wie dem Kampf gegen die Klimakrise) notwendig ist, staatlicherseits mehr Ressourcen zu beanspruchen als nach Abzug der privaten Nachfrage verfügbar sind, muss dem Privatsektor Kaufkraft entzogen werden, damit das Preisniveau gehalten werden kann. Dafür sind Steuern und Staatsanleihen probate fiskalische Steuerungsinstrumente.

Inflation ist ein dauerhafter Anstieg des Preisniveaus. Sie kann durch unterschiedlichste Faktoren bedingt sein. Allgemein wird zwischen der (angebotsseitigen) Kostendruckinflation und der nachfrageinduzierten Inflation unterschieden. Bei der Kostendruckinflation führen negative Produktionsschocks (z.B. im Agrarsektor eine klimatisch bedingte Missernte) oder Friktionen in Lieferketten zu einer Verknappung des Angebots. Bei gleichbleibender Nachfrage steigt dann der Preis. Bei verbreitet eingesetzten Rohstoffen wie Öl, Gas oder auch Weizen erhöhen gestiegene Preise unmittelbar die Produktionskosten für zahlreiche weitere Produkte. Es kommt also zu einer angebotsseitigen Kettenreaktion der Preissteigerungen, die sich zu einem steigenden allgemeinen Preisniveau aufaddieren. Nachfrageinduzierte Inflation kommt grob gesagt zustande, wenn die Kaufkraft der Konsument:innen schneller steigt als das Angebot der Unternehmen. Solche Kaufkraftsteigerungen können etwa die Folge von Lohnerhöhungen sein. Allerdings wäre es falsch davon auszugehen, dass Lohnsteigerungen automatisch zu steigenden Preisen führen. Erstens können Unternehmen in einer Konkurrenzsituation nicht willkürlich ihre Preise anheben, weil sie sonst um ihren Marktanteil bangen müssten. (Insofern wirken Lohnsteigerungen als Umverteilungsmechanismus von Kapital zu Arbeit). Zweitens kann eine gestiegene Nachfrage (sofern noch Produktionsfaktoren verfügbar sind) zu einer Ausweitung der Produktion und ggf. in diesem Zuge durch den Markteintritt neuer Anbieter sogar zu Preissenkungen führen.

Im schlechtesten Fall wirken beide Kausalfaktoren der Inflation zusammen. Das ist das Szenario einer Lohn-Preis-Spirale: Gestiegene Preise führen zu höheren Lohnforderungen der Arbeitnehmer:innen, und die in der Folge steigenden Löhne führen wieder zu noch weiter



steigenden Preisen, da sie ja ihrerseits eine Komponente der Produktionskosten sind. Von Ausweitungen und Verknappungen der Geldmenge ist die Inflation aber nur bedingt abhängig. Die monetaristische Idee, dass Inflation immer und überall schlichtweg das Ergebnis zu expansiver Geldpolitik sei, hat sich nicht bewährt. Sie ist schon allein deshalb falsch, weil eine Erhöhung der (Zentralbank-)Geldmenge (z.B. durch den Ankauf von Staatsanleihen durch die Zentralbank) kaum in die Realwirtschaft vordringt. Geschäftsbanken sind heute in ihrer Kreditvergabe weitgehend unabhängig von der Menge an Zentralbankgeld, die ihnen durch den Abkauf von Staatsanleihen zur Verfügung gestellt wird. Die Kreditvergabe ist im Wirtschaftssystem endogen. Die Zentralbank hat allenfalls über den Leitzins Auswirkungen darauf.

Die gegenwärtig hohen Preissteigerungen sind vor allem auf die nach wie vor pandemiebedingte Beeinträchtigung von Lieferketten und realwirtschaftliche Auswirkungen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine zurückzuführen. Sie haben mit der Geldpolitik der EZB wenig und mit deren Anleihenkäufen praktisch gar nichts zu tun. Die Geldpolitik kann die Inflation um den Preis einer Rezession durch scharfe Leitzinserhöhungen bremsen, allerdings sind dadurch die Inflationsursachen selbst noch lange nicht nachhaltig beseitigt. Inflation ist ein weitgehend realwirtschaftliches Phänomen und als solches sollte sie auch behandelt werden.

Für die Ausgabentätigkeit des Staats bedeutet diese Erkenntnis, dass eine expansive Fiskalpolitik ein Inflationsrisiko sein kann, aber nicht sein muss. Steigert der Staat in Zeiten negativer Angebotsschocks oder im Zustand der Ausreizung der volkswirtschaftlichen Ressourcen seine Ausgaben kommt es zur Übernachfrage und damit zur Gefahr von (nachfrageinduzierter) Inflation. Sind allerdings noch Ressourcen verfügbar, führen steigende Staatsausgaben nicht zur Inflation. Hier zeigt sich wieder: Es gibt eine (sinnvolle) Grenze der Staatsausgaben, aber die rührt von realwirtschaftlichen Ressourcenknappheiten und nicht von einer vermeintlichen monetären Knappheit her.

Mit diesen Erkenntnissen über das moderne Finanzsystem im Hinterkopf wollen wir nun einige wirtschaftspolitische und rechtliche Regelungen adressieren, die nicht im Einklang mit der theoretischen Vernunft der vorangegangenen makroökonomischen Analyse stehen.

### 3. Abschaffung der Schuldenbremse

Gemäß der in Art. 115 Abs. 2 GG verankerten sogenannten ‚Schuldenbremse‘ darf die Bundesregierung grundsätzlich nicht mehr Geld ausgeben, als dem Bundeshaushalt durch Steuereinnahmen zufließt. Genau genommen darf ein strukturelles Haushaltsdefizit in Höhe von 0,35% des BIP hingenommen werden (vgl. Art. 115 Abs. 2 GG). Die sogenannte Konjunkturkomponente in der Schuldenbremse lockert diese harte Budgetrestriktion in Rezessionszeiten auf. Allerdings sieht die Formulierung im Gesetzestext derartige Ausnahmen von der Schuldenbremse nur für den Fall vor, wenn das Wirtschaftswachstum signifikant negativ von seinem Trend abweicht (konventionelle Berechnung der sog. Output-Lücke). Allerdings kann es sein, dass die volkswirtschaftlichen Ressourcen der Bundesrepublik auch bei trendmäßig wachsendem BIP nicht ausgelastet sind. In diesem Fall besteht bei einer Erhöhung der Staatsausgaben kein Inflationsrisiko. Dennoch muss unter der aktuellen Norm auch in diesem Fall die Schuldenbremse eingehalten werden. Das erschwert den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Klimakrise mit dem Instrumentarium der Fiskalpolitik erheblich. Wie aus dem vorangegangenen Theorieteil hervorgeht, macht eine solche vermeintliche

‚Schulden‘-Regel ökonomisch keinen Sinn. Sie baut auf einem grundfalschen Verständnis staatlicher Finanzen auf, denn sie behandelt den öffentlichen Haushalt wie einen Privathaushalt (Währungsnutzer anstatt Währungsschöpfer).

Die neoliberale Sparideologie darf keinen mangelnden Willen für politische Reformen legitimieren. Notwendige Zukunftsinvestitionen dürfen nicht von willkürlichen Kennzahlen verzögert werden.

Sowohl in der Zeit der Großen Koalition, als auch unter der neuen Bundesregierung wird mittelfristig das Ziel ausgeglichener Haushalte angestrebt. Eine solche ökonomisch sinnfreie heilige Kuh darf nicht das zentrale Leitmotiv bundesdeutscher Fiskalpolitik sein.

#### 4. Die Schuldenregeln der EU

Aus dem gleichen Grund, aus dem wir für eine Abschaffung der Schuldenbremse auf Bundesebene plädieren, fordern wir die Abschaffung der Schuldenregelungen auf EU-Ebene. Das betrifft das in Art. 140 Abs. 1 AEUV normierte zweite sogenannte Konvergenzkriterium, das nach Konkretisierung durch den Rat der Europäischen Union Haushaltsdefizite der Mitgliedstaaten auf maximal 3% des BIP und die Schuldenstandsquote auf maximal 60% begrenzt. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der das Ziel von ausgeglichenen Haushalten oder sogar Überschusshaushalten für die EU-Staaten vorschreibt, muss aufgrund seiner ökonomischen Unsinnigkeit ebenfalls abgeschafft werden. Gleiches gilt für die Nichtbeistandsklausel, die verbietet, dass ein Mitgliedstaat für die Schulden eines anderen Mitgliedstaats aufkommt.

Die gegenwärtig zurückhaltende Fiskalpolitik unter den Bedingungen der Maastricht Kriterien hemmt das europäische Wirtschaftswachstum für Jahrzehnte. Eine Reform der Europäischen Finanzarchitektur soll diesen Missstand beseitigen. Die von uns vorgeschlagene Reform beinhaltet neben der bereits genannten Abschaffung der europäischen Schuldenregeln die Einführung eines Europäischen Finanzministeriums. Ein Europäisches Finanzministerium könnte die notwendigen Mittel für Projekte bereitstellen, die nur im europäischen Rahmen sinnvoll implementiert werden können (das Prinzip der Subsidiarität bleibt geachtet). Der in Teil 7 skizzierte Green New Deal stellt eines dieser Projekte dar. Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung Geflüchteter sowie solche zur Stärkung der sicherheitspolitischen Autonomie der EU fallen aber ebenfalls in diese Kategorie. Das Europäische Finanzministerium würde Europäische Anleihen emittieren, die dann von privaten Investor:innen auf dem Primärmarkt erworben werden könnten, wobei eine Ankaufgarantie der EZB auf dem Sekundärmarkt das Risiko für Investor:innen auf Null reduziert. Die europäische Integration, hin zu einer ‚ever closer union‘, wird auf diese Weise weiter vorangebracht.

#### 5. Höhere Löhne für die Stabilität der EU

Jede offene Volkswirtschaft besteht aus drei Sektoren: dem öffentlichen Sektor, dem Privatsektor und dem Ausland. Klar ist, wenn ein Sektor netto spart, muss sich mindestens ein anderer Sektor netto verschulden um diese Ersparnis zu ermöglichen. Es ist logisch unmöglich, dass alle drei Sektoren gleichzeitig sparen. Wenn alle Sektoren sparen, gehen die Ausgaben aller Sektoren zurück. Da aber die Ausgaben eines Akteurs immer gleichzeitig die

Einnahmen eines anderen Akteurs sind, gehen damit logischerweise auch die Einnahmen zurück. Wenn also alle drei Sektoren sparen wollen, berauben sie sich selbst der notwendigen finanziellen Ressourcen um zu sparen. Das ist das klassisch keynesiansische Sparparadox.

Seit den Agenda-Jahren sind in Deutschland sowohl privater als auch öffentlicher Sektor regelmäßig gleichzeitig Netto-Sparer. Logischerweise kommt das Geld für das private Sparen unter Erzielung von öffentlichen Haushaltsüberschüssen aus dem Ausland. Konkret sorgen die deutschen Handelsbilanzüberschüsse für diesen Geldzufluss. Diese Handelsbilanzüberschüsse wiederum sind maßgeblich dadurch bedingt, dass in Deutschland seit Beginn des Jahrhunderts die Löhne nicht mehr im Einklang mit dem Produktivitätswachstum steigen. Durch diese Niedriglohnpolitik genießt die deutsche Wirtschaft Wettbewerbsvorteile, die aber zulasten der Konkurrenzfähigkeit anderer europäischer Volkswirtschaften gehen. Dadurch zwingen wir unsere europäischen Partner (insbesondere die südeuropäischen Staaten) unsere Handelsbilanzüberschüsse durch eigene Handelsbilanzdefizite auszugleichen. Es ist logisch notwendig, dass sich unsere europäischen Partner dafür verschulden. Die fehlgeleitete Fiskalpolitik der vergangenen Jahrzehnte hat dazu geführt, dass Deutschland seine Arbeitslosigkeit an seine schwächeren europäischen Nachbarn exportiert und mit seinen Handelsbilanzüberschüssen südeuropäische Staaten in die Verschuldung gedrängt hat. Weil uns an einer solidarischen und stabilen Europäischen Union gelegen ist, muss diese Politik umgekehrt werden! Wir brauchen ein signifikantes Lohnwachstum in Deutschland um unseren europäischen Partnern wieder faire Wettbewerbsbedingungen zu ermöglichen. Wir fordern daher eine weitere Anhebung des Mindestlohns und eine ordnungspolitische Stärkung der Gewerkschaften. In Anbetracht der pandemie- und kriegsbedingten temporären Knappheiten in der Realwirtschaft sollen diese Maßnahmen behutsam und schrittweise umgesetzt werden. Außerdem fordern wir eine Abkehr von der harten deutschen Linie in der EU, die südeuropäischen Staaten zur Lösung eines von Deutschland maßgeblich mitgeschaffenes Problems eine sozial und ökonomisch verheerende Austeritätskur aufoktroziert.

### 6. Die Job-Garantie

Strukturelle Arbeitslosigkeit sowie gesellschaftliche Folgeprobleme, gehörten der Vergangenheit an. Soziale Isolation, Kriminalität, Landflucht, gesundheitliche und familiäre Probleme sowie frühzeitige Schulabgänge können nach Verlust einer (eigenen) geregelten Arbeit zu erheblichen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verwerfungen führen. Gemeinschaftsbildung, soziales Netzwerken, praxisorientiertes Lernen sowie die Sicherung von intergenerationeller Stabilität, u.a. können ohne geregelte Beschäftigung, nur schwer ihre integrativen Kräfte entfalten.

Die Implementierung einer Job-Garantie (JG) soll strukturelle Arbeitslosigkeit und ihre Folgeprobleme beseitigen. Sie kann zudem helfen die Ziele einer volkswirtschaftlichen Effizienzsteigerung, einer Reduktion sozialer Reibungspunkte und dem Kampf gegen vermachtete Ungerechtigkeiten, besser zu erreichen.

Das Ziel des Programms ist es, jeder arbeitswilligen Person eine gemeinnützige Arbeit anzubieten. Der Staat als ‚Arbeitgeber der letzten Instanz‘ könnte so einen sozial akzeptablen Mindestlohn und entsprechende Arbeitsbedingungen, auch in der Privatwirtschaft, durchsetzen. Löhne und Arbeitsbedingungen in der Privatwirtschaft werden natürlicherweise

mindestens auf dem gleichen, wenn nicht sogar auf einem höheren Niveau sein als in der Job-Garantie. Wäre das nicht der Fall, hätten Arbeitnehmer:innen keinen Anreiz überhaupt von einem JG-Job in die Privatwirtschaft zu wechseln. Private Arbeitgeber sind so gezwungen attraktivere Löhne und akzeptable Arbeitsbedingungen zu bieten um überhaupt an Arbeitskräfte zu gelangen. Der Niedriglohnsektor wird effektiv ausgetrocknet. Die Job-Garantie wirkt wie ein natürlicher Mindestlohn. Die JG-Jobs werden im Rahmen regionaler oder kommunaler Ebene vorgeschlagene Projekte angeboten, welche nach Prüfung des gesellschaftlichen Nutzens und ausreichenden Arbeitsmöglichkeiten von zentraler Stelle finanziert werden. Im Rahmen der Jobgarantie könnte die demokratische Partizipation der Bürger:innen gestärkt werden, indem z.B. Jugendparlamente oder andere überparteiliche Interessensvertretungen in die Schaffung von JG-Jobs miteinbezogen werden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen könnten im Falle einer Rezession nicht nur die Nachfrage und damit die Konjunktur stabilisieren; positiver Nebeneffekt der JG könnte weiterhin eine höhere Konkurrenz der Unternehmen um Geringverdiener:innen sein. Asymmetrische Machtkonstellationen auf dem Arbeitsmarkt würden so effektiv bekämpft und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Damit hätten die Arbeitgeber:innen einen Anreiz, Arbeitskräfte effizienter einzusetzen. Gleichzeitig entsteht ein Depot an qualifizierten und routinierten Arbeitskräften, das je nach Bedarf der Privatwirtschaft größer oder kleiner ist. Weiterhin sollte der Zusammenhang zwischen Angebot und Nachfrage automatisch für erhöhte Löhne sorgen, falls der Bedarf an Arbeitskräften in der Privatwirtschaft steigt. Ein Depot aus arbeitenden Personen, die der Privatwirtschaft potentiell zur Verfügung stehen (NAIBER), kann flexibler abgerufen werden, wobei Vollbeschäftigung staatlich garantiert wird. Preisstabilität kann so im Vergleich zu neoklassischen Konzepten oder zum bedingungslosen Grundeinkommen auf effizientere Weise sichergestellt werden. Sollte die Inflation in einem Wirtschaftssektor über das von der Regierung angestrebte Ziel hinausgehen wird eine restriktivere Fiskalpolitik angestrebt, welche Ressourcen aus dem inflationären Sektor abfließen lassen sollte. Die JG kann dabei als antizyklischer Stabilisator auf die Konjunktur wirken. Bei starker Konjunktur verringert sich, durch den erhöhten Bedarf an Arbeitskräften die Zahl der staatlich bezahlten Jobs. Hierdurch sinken gleichzeitig die Staatsausgaben und das Überhitzen der Konjunktur wird verhindert. Bei schwacher Konjunktur bietet die JG mehr Stellen an und verhindert so einen Konsumeinbruch. Die JG kompensiert im Gegensatz zur Arbeitslosenunterstützung oder einem bedingungslosen Grundeinkommen nicht nur den Einkommensverlust, sondern auch den Beschäftigungsverlust.

### 7. Ein ernstgemeinter Europäischer Green New Deal (GND)

Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten und gleichzeitig den gesellschaftlichen Wohlstand kommender Generationen zu sichern, benötigen wir gewaltige wirtschaftliche Umwälzungen. Weitreichende Reformen, zur Beseitigung dieser Probleme benötigen allerdings eine breite, gesellschaftliche Mehrheit und müssen deshalb eine Mehrheit der Bevölkerung besserstellen um demokratisch durchsetzbar zu sein. Ein von der MMT inspirierter Green New Deal ist unausweichlich.

Der Green New Deal ist ein umfangreiches Investitionsprogramm, das die ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft immens beschleunigt. Auch eine an dem Ziel der Klimaneutralität ausgerichtete Jobgarantie kann ein Element des Green New Deals sein. Ein überzeugender Vorschlag zu der Ausgestaltung eines Green New Deal wurde vom

Democracy in Europe Movement (DiEM25) vorgelegt (<https://gnde.diem25.org>).

Wie in Teil 2 der Begründung erklärt belaufen sich die volkswirtschaftlichen Kosten für den Green New Deal (GND) lediglich auf die Differenz zwischen den benötigten realen Ressourcen und den verfügbaren Ressourcen. Ein Ressourcenbedarf, der über die gegenwärtig noch verfügbaren Ressourcen hinausgeht, um die Ziele des GND zu erreichen, kann temporäre Konsumeinschränkungen notwendig machen. Diese können durch diverse fiskalische Instrumente durchgesetzt werden. So können zum Beispiel erhöhte Konsumsteuern die Nachfrage drosseln. Alternativ kann auch der obligatorische Transfer eines gewissen Teils der Arbeitseinkommen auf temporär gesperrte aber verzinste Sparkonten zu einem Konsumaufschub führen, der Einkommensbezieher:innen aber langfristig sogar besserstellt. Der finanzielle Spielraum welcher durch das zusätzliche Budget freigesetzt wurde muss eingesetzt werden, um Europas Klimaneutralität bis 2035 sicherzustellen.

### 8. Eine teilweise Monetarisierung der Care-Arbeit

Gerade der Wirtschaftssektor der Sozialfürsorge wird in klassischen Wirtschaftsmodellen häufig vernachlässigt. Die Unterteilung in eine Produktions- und eine private Sphäre erscheint willkürlich. Essenzielle Bereiche wirtschaftlicher Aktivität werden demnach ignoriert, übersehen oder unterbewertet. Care-Arbeit muss deshalb vom Staat entsprechend vergütet werden.

Care-Arbeit lässt sich schwer auf klassische, wirtschaftliche Modelle übertragen. Ein Fokus auf Wachstum und Effizienzsteigerung kann in der Care Arbeit nicht zu einer Qualitätssteigerung führen. Die Job-Garantie könnte nicht nur für bessere Bedingungen für alle Beteiligten in der Sozialfürsorge führen. Auch erlauben die Erkenntnisse der MMT eine konjunkturunabhängige staatliche Vergütung von Care-Arbeit über den Rahmen der Job-Garantie hinaus. Auch könnte bisher unbezahlte Care-Arbeit durch die Anerkennung als JG-Job entsprechend vergütet werden. Eine Leistung von der - vor allem - aber nicht ausschließlich Finta-Personen profitieren. Die bezahlte Care-Arbeit würde demnach als Ergänzung bei struktureller, marktwirtschaftlicher Unterversorgung dienen.

### 9. Schlussbemerkungen

In Thüringen bemerken wir jetzt schon, welche verheerenden Folgen fehlgeleitete Sparpolitik für Zivilgesellschaft, den Gesundheitssektor, Arbeitnehmer:innen, Schüler:innen und Hilfsbedürftige hat. Entscheidungsträger:innen dürfen sich nicht mehr hinter dem Scheinargument der Budgetrestriktionen verstecken. Die erheblich größeren Budgetfreiräume ermöglichen es uns, progressive Projekte deutlich schneller voranzutreiben. Die MMT verspricht einige systemische Fehler des Kapitalismus abzumildern, kann allerdings nicht grundsätzliche Widersprüche auflösen. Ziel muss es deshalb sein, mithilfe der MMT den Kapitalismus zu überwinden. Auch für nicht arbeitswillige Personen muss eine menschenwürdige Versorgung gewährleistet werden. Ein progressiveres Steuersystem bleibt weiterhin unausweichlich, auch wenn dieses nicht zur Staatsfinanzierung beiträgt, sondern

für Inflationregulierung und zur Abmilderung sozialer Verwerfungen sorgt. Wir sehen die MMT als eine Hilfestellung für die allmähliche Einführung des Sozialismus an.